

Kommunalwahl 2011:

## **Demokratie braucht JEDE Stimme!**

**Hessische Ausländerbeiräte rufen Eingebürgerte und Unionsbürger/innen zur Stimmabgabe auf/ Wahlrecht auch für Drittstaater gefordert**

Am Vorabend zu den Kommunalwahlen rufen die Hessischen Ausländerbeiräte die in Hessen lebenden Ausländer/innen aus Unionsstaaten auf, am Sonntag zur Wahl zu gehen. „Nutzen Sie Ihre Stimme und stärken Sie damit die demokratischen Parteien“ so die Delegierten heute in Hanau. Gerade die wahlberechtigten EU-Ausländer/innen und Eingebürgerten können durch eine hohe Wahlbeteiligung ein Zeichen für mehr Demokratie und gegen Rechtsextremismus setzen.

Scharf kritisieren die Ausländerbeiräte den Ausschluss von Drittstaatern an dieser Wahl. Demokratie braucht JEDE Stimme. Es ist schlichtweg undemokratisch, fast 400.000 in Hessen lebenden Menschen weiterhin das Wahlrecht zu verweigern. Wer Integration will, darf vor dem Grundpfeiler der Demokratie, dem Wahlrecht, nicht halt machen.

Das Festhalten an dem Staatsangehörigkeitsprinzip ist nicht mehr zeitgemäß und entspricht in keiner Weise der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Die Betroffenen erleben dies nicht nur als eine politische Ungerechtigkeit. Für viele ist es nach wie vor eine schmerzhaft Erfahrung der Ausgrenzung und Diskriminierung. Es ist mit dem Rechtsempfinden kaum vereinbar und widerspricht dem Prinzip der Gleichstellung, dass beispielsweise ein seit 40 Jahren bei VW in Baunatal arbeitender türkischer Staatsangehöriger morgen nicht wählen gehen kann, während sein seit vier Monaten in der Stadt lebender polnischer Arbeitskollege zum Kreis der Wahlberechtigten zählt.

Von der Hessischen Landesregierung erwarten die Ausländerbeiräte daher unverzüglich einen Vorstoß zur Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle, die Demokratie auch endlich für diesen Teil der Bevölkerung Wirklichkeit werden lässt. Gleiches gilt für die Fraktionen im Deutschen Bundestag. Die Umsetzung in Bundestag und Bundesrat ist eine reine Frage des politischen Willens und damit auch letztendlich eine Frage der politischen Glaubwürdigkeit in Sachen Integration.